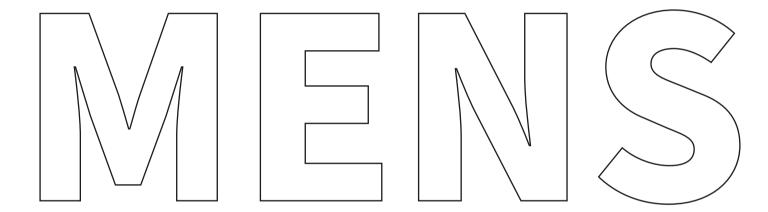


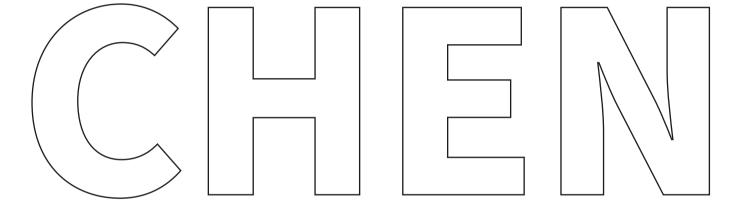
"

Ich habe meinen Vater verloren, wir haben unsere Familienangehörigen verloren. Lasst uns verhindern, dass das auch anderen Familien passiert."

SEMIYA ŞIMŞEK AM 23. FEBRUAR 2012



menschen-im-fadenkreuz.de



Im Fadenkreuz des rechten Terrors

Inhalt

Es geht gegen uns alle: Rechtsextreme und Neonazis greifen das Kostbarste an, das unsere Gesellschaft hat – Menschen	8
Wenn Menschen zu Feinden gemacht werden	10
Hoffnung	20
Opfern helfen: Tun, was getan werden kann. Der WEISSE RING	
Erschreckende Ungewissheiten: Was rechter Terror erreichen will	64
Zwischen Gedenken und Gefahr: Günter Morsch und der Kampf gegen den Rechtsextremismus	66
Ayse Yozgat: "Für mich ist jeder Tag 6. April"	70
Von den Lücken bei der Erfassung rechter Gewalttaten	74
Friedrich Küppersbusch: Ein TV-Moderator im Blick des "Thule-Netzwerks"	76
Jahrzehnte des Hasses: Deutscher Rechtsterrorismus im Wandel der Zeit	80
Serpil Temiz Unvar: "Wir müssen uns auf die Menschlichkeit konzentrieren"	96
Lübcke-Mord: Kontakte ins NSU-Umfeld	100
"Anti-Antifa-Arbeit": Eine besonders brutale Strategie der Neonazis – vor allem in Nordbayern	
Liebe	108
Die patriotischen Aktivisten: Wie die Neue Rechte versucht, Hass und Rechtsextremismus zur Popkultur zu machen	148
Die Zentrale der Rechten. Auf den Spuren des Lübcke-Mörders Stephan Ernst – die Kneipe "Stadt Stockholm"	154
Rechtsextreme in Sicherheitsbehörden: Terror, der ein ganzes Gesellschaftsbild ins Wanken bringen kann	156
Rückzugsort und Lautsprecher zugleich: Die Bedeutung von Messengerdiensten für die rechtsextreme Szene	158

Unzureichende Aufklärung der NSU-Morde: Das Desaster der offenen DNA-Spuren	162
Texte, Töne, Terror: Über die Bedeutung rechtsextremer Musik	166
Rossi Kaliber 38 Spezial: Die Mordwaffe im Mordfall Lübcke ist seit Jahrzehnten beliebt unter Neonazis	170
Verschwörungserzählungen – wer an sie glaubt, wie sie sich verbreiten und welche Folgen sie haben	172
Von rechtsextremen Netzwerken in der Bundeswehr	180
Waffengeschäfte von AfD-Mitgliedern	184
Kreuz, Kapuze, Klan: Der KKK in Baden-Württemberg	186
Freude	194
Das kann im Umgang mit Feindeslisten helfen	234
Wie Menschen unterstützt werden können, wenn sie von rechter Gewalt betroffen sind – und warum ihre Perspektive wichtig ist	238
Wenn der Schwanz mit dem Hund wackelt – der NSU und das Drama des nicht aufgearbeiteten Rechtsterrorismus in Deutschland	244
Was muss passieren, damit wir uns sicher fühlen können? Übernehmt endlich Verantwortung!	248
Danksagung	258
Menschen – Im Fadenkreuz des rechten Terrors	259
Begriffserklärungen	260
Autoren	264
Literaturtipps	268
Wir danken allen Partnern	270

VORWORT

Es geht gegen uns alle: Rechtsextreme und Neonazis greifen das Kostbarste an, das unsere Gesellschaft hat – Menschen

von David Schraven und Till Eckert

Sie haben sich vielen von uns schmerzhaft ins Gedächtnis gebrannt: die Morde des NSU. Der Mord an Walter Lübcke. Die rechtsterroristischen Anschläge in Halle und jüngst in Hanau.

Noch immer morden Neonazis und Rechtsextreme in Deutschland. Sie reißen Menschen aus unserer Mitte. Sie attackieren unsere Demokratie. Seit der Gründung von CORRECTIV beschäftigen wir uns deshalb mit Rechtsterrorismus, seinen Ausprägungen und seinem Vorfeld. Mit der grafischen Reportage "Weisse Wölfe" rekonstruierten wir 2015 etwa die Gewalttaten der Neonazis in Dortmund. Mit der investigativen Datenrecherche "Kein Filter für Rechts" zeigten wir 2020, wie netzaffine Rechtsextreme junge Menschen mittels Instagram in ihre Ideologie ziehen.

Auch mit diesem Buch wollen wir aufklären, über Strategien, über Kontinuitäten, über die Ideologie der Rechtsextremen. Dafür arbeiteten wir mit mehr als 15 Journalistinnen und Journalisten lokaler Medienhäuser zusammen, die alle seit Jahren zu diesen Themen recherchieren und hier ihre Ergebnisse teilen. Vor allem aber wollen wir Aufmerksamkeit auf die richten, die hauptsächlich betroffen sind.

Auf diejenigen, die durch rechte Gewalt geliebte Familienmitglieder verloren. Deren Tage sich durch die Taten Rechtsextremer verdunkelten. Auf die, die Rechtsextreme als Feinde markieren, mit Namen auf Listen setzen, die dann in der Szene kursieren, quasi zum Abschuss freigegeben sind. Wir nennen sie "Feindeslisten". Monatelang haben wir recherchiert, wer in Deutschland auf solchen Listen steht und wen die Neonazis da eigentlich auslöschen wollen. Die Menschen auf diesen Listen bilden nicht weniger als einen Querschnitt unserer Gesellschaft. Frauen, Männer, jung, alt, Lehrerinnen, Politiker, Journalistinnen, Aktivisten, Wissenschaftler und immer wieder solche, die man gar nicht als ein solches Ziel vermuten würde: Menschen wie Du und ich.

Wir haben 57 dieser Menschen besucht, mit ihnen über ihr Leben, ihre Wünsche und Pläne gesprochen und sie porträtiert. In drei Teilen im Buch stellen wir sie vor. Sie bilden das Herzstück unseres Projekts. Sie sind die "Menschen im Fadenkreuz des rechten Terrors".

In drei Kapiteln informieren wir darüber hinaus über die rechtsextreme Szene, geben Einblick in ihre hasserfüllte Welt, zeigen auf, welches Ausmaß ihr Handeln erreicht hat, wie schwerwiegend die Auswirkungen sind – und wie lückenhaft die Aufklärung und Aufarbeitung zum Thema.

Wir sind der Überzeugung, dass man sich durch Engagement gegen rechten Terror nicht auf "eine Seite" schlägt, wie rechtsideologische Vordenker das gerne darstellen.

Das Grundgesetz bestimmt das Fundament unseres Rechtsstaates. Es ist ein Dokument der Freiheit: Menschenrechte und der Wert einzelner Leben sind nicht diskutier- oder verhandelbar. Wir haben alle das Recht auf Unversehrtheit und die Achtung unserer Würde. Diese Grundlage unserer Demokratie gilt es zu verteidigen, gerade in diesen Zeiten, in denen die Gesellschaft unter dauerhaftem Beschuss steht. Das verstehen wir unter dem antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes. Die Morde des NSU und all der anderen rechten Terroristen erinnern uns daran, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Sicherheit der Menschen in unserem Land nicht selbstverständlich sind.

Unser Buch ist deshalb – vor allem anderen – eines: eine Warnung.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und wünschen Ihnen eine lehrreiche Lektüre.

Wenn Menschen zu Feinden gemacht werden

von Nathan Niedermeier und Sophia Stahl

Ein Autor und ein Anruf in der Mittagszeit. Beim Kochen erfährt der Mann, dass er auf einer Feindesliste der Rechten steht, ohne davon zu wissen. Die Rechtsextremen kennen seinen Namen, seine E-Mail-Adresse, seine Telefonnummer und seine Anschrift. Aber: Die Daten sind nicht mehr aktuell. Der Mann am Herd hat Glück gehabt. Andere Menschen auf der Liste hat es schlimmer getroffen, ihre aktuellen Adressen sind erfasst. Oder sie bekommen Drohanrufe. Es geht um die Liste "#wirkriegeneuchalle". Knapp 200 Personen stehen darauf. 2019 wurde sie im Internet veröffentlicht.

Dass Betroffene nicht von Behörden informiert werden, sondern durch Bekannte, Beratungs-stellen oder die Presse von den Listen erfahren, ist keine Ausnahme. Eine Informationspflicht, die Menschen geltend machen können, gibt es nicht. Ob die Behörden eine Gefährdungslage sehen und daraufhin Betroffene informieren, hängt von den Feindeslisten, aber auch den einzelnen Ländern und der Polizei ab.

Bei den Listen des NSU mit rund 10.000 Einträgen kamen die Ermittler zu der Einschätzung, dass die Daten darin als "Planungsgrundlage für Straftaten jeglicher Qualität bis hin zu terroristischen Straftaten" geeignet seien. Als die Listen gefunden wurden, hatte der NSU bereits aus rassistischen Motiven zehn Menschen ermordet, Sprengstoffanschläge verübt und Banken ausgeraubt.

Bei der rechtsextremen Gruppe "Nordkreuz" wurden über 25.000 Namen auf Listen gefunden. Das BKA informierte die Landeskriminalämter, doch die Betroffenen wurden zwei Jahre lang nicht unterrichtet. Als dann das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommerns doch noch Betroffene per Brief aufklärte, hieß es in dem Schreiben, dass sich "keine Anhaltspunkte dafür

ergeben, dass die Betroffenen einer konkreten Gefährdung unterliegen".

Im Gegensatz zum NSU hatten die Nordkreuz-Mitglieder das Töten von Menschen zwar geplant, aber noch nicht umgesetzt. Sie hatte nur Namen gesammelt und Waffen sowie Munition gehortet. Macht das ihre Liste weniger gefährlich?

Jeder kann ins Fadenkreuz geraten

Das Problem mit solchen Feindeslisten ist nicht neu. Seit den 90ern sammeln und verbreiten Rechtsextreme verstärkt Daten von ihren Feinden. Aktuell sind der Bundesregierung 24 solcher Feindeslisten in Deutschland bekannt, 20 davon wurden im Internet verbreitet. Betroffen sind Zehntausende Menschen.

Ins Fadenkreuz können wir alle geraten:
Manchmal reicht es auch aus, sich bei einem
Onlineshop bunte Haarfarbe zu bestellen oder
auf Facebook eine Meinung zu teilen. Ist der
Name einmal im Umlauf, ist es praktisch unmöglich, die weiteren Verbreitungswege zu kontrollieren. Die Menschen auf den Listen werden
herabgewürdigt, bedroht und angegriffen.

Sie sind Menschen, die unsere Gesellschaft ausmachen und stärken. Es ist Zeit, sich für Betroffene starkzumachen.

Neue Verbreitungswege für den Hass

Aktuell tauchen auch auf Telegram-Kanälen von Coronaleugnern immer wieder Feindeslisten auf. Manche der darin enthaltenen Daten und Namen sind nicht neu. Sie entstammen zum Beispiel einer im Jahr 2015 gehackten Kundendatenbank von einem Punkrock-Versandhandel. 25.000 Namen mit zugehörigen Adressen, Mailadressen und Handynummern enthält die Liste.

Es sind aber nicht die einzigen Namen, die als Feindeslisten auf Telegram die Runde machen. Nach einer Abstimmung über eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes kursierten im April 2021 in Corona-Telegram-Kanälen Listen mit Namen aller Abgeordneter, die sich für die Änderung ausgesprochen hatten. In einem Kanal heißt die Liste "Todesliste deutscher Politiker".

Der lokale Fokus

Feindeslisten werden auch immer wieder in einem lokalen Kontext angelegt, veröffentlicht und verbreitet. Selbst ernannte "Anti-Antifa"-Gruppen führten diverse solcher Listen. In Berlin etwa gerieten 2011 lokal engagierte Menschen ins Fadenkreuz von Rechtsextremen. Auf der Internetseite des "Nationalen Widerstands Berlin" wurden linke Hausprojekte mit Fotos und Adressen als "gute Anschlagsziele" genannt. Außerdem gab es in Berlin-Neukölln immer wieder rechte Anschläge, besonders häufig: Brandstiftung. Bei Durchsuchungen zur Serie der Angriffe fand die Polizei drei Listen mit über 900 Namen.

2016 traf es in Kiel engagierte Personen, die Rechtsextreme mit einem Profil inklusive Foto im Internet auflisteten. Die Seite nannte sich "Kieler Liste", dort waren 15 Personen zu finden. Die Liste beinhaltete auch sensible Daten, wie Orte, wo sich Betroffene aufhalten.

Auch die Querdenken- und Corona-Leugnerszene verbreitet über Messengerdienste Feindeslisten mit lokalem Fokus. Dafür wurden Ausschnitte der bereits erwähnten Kundendatenbank lokal aufbereitet und die Adressen auf Google Maps markiert. Neonazis bezeichnen die Menschen auf den Listen als "Zecken", "Maden" oder "Läuse".

Namenslisten in der Hand von Terroristen: eine lange Tradition

Feindeslisten haben unter Rechtsextremen und rechten Terroristen eine weit zurückreichende Tradition. Seit Jahrzehnten sammeln sie Informationen über ihre vermeintlichen Feinde. Besonders in den 90ern und Nullerjahren beschäftigten sich eine ganze Reihe von selbst ernannten "Anti-Antifa"-Kameradschaften mit dem Sammeln und Verbreiten von privaten Informationen über ihre Feinde.

Seit den Nulleriahren finden sich solche Listen mit persönlichen Daten wie Adressen oder anderen Kontaktdaten auch vermehrt im öffentlich zugänglichen Internet. Eine dieser Internetseiten verantwortete die Kameradschaft "Arische Bruderschaft" um den führenden Neonazi Thorsten Heise. Dort waren einem Bericht des Verfassungsschutzes zufolge Anleitungen zum Bombenbau und eine "Todesliste mit teils detaillierten Angaben zu Namen, persönlichen Daten und Wohnorten der Zielpersonen" zu finden. Auch heute noch spielen Internetseiten und Online-Pranger eine große Rolle bei der Verbreitung von Feindeslisten. Sie sind öffentlich zugänglich, und bei einem rechten Prangerportal, das rund 200 Personen als Feinde markiert, wird sogar eine Mitarbeit an der Liste angeboten.

Auch bei rechten Terroristen wie Manfred Roeder oder dem Mörder Walter Lübckes wurden Feindeslisten sichergestellt. Bei den Anschlägen der Terrorzelle Roeders, der "Deutschen Aktionsgruppe", waren 1980 zwei Asylsuchende ums Leben gekommen.

Eine der umfangreichsten Sammlungen mit über 10.000 Einträgen wurde 2011 bei den Terroristen des NSU gefunden. Die Daten, die von akribisch beschrifteten Kartenausschnitten mit markierten Anschlagszielen über handschriftliche Notizen bis hin zu digital geführten Texttabellen reichen, wurden in den Überresten der letzten Wohnung des Terror-Trios gefunden. Die Vielzahl der Einträge gilt bis heute als Indiz für mögliche Mittäter des Trios.

Die aber wohl älteste Feindesliste in der Geschichte der BRD wurde 1952 bei dem inzwischen verbotenen antikommunistischen und rechtsterroristischen "Bund Deutscher Jugend" und seiner Unterorganisation "Technischer Dienst" gefunden. Überwiegend Politiker der SPD und KPD waren darauf gelistet, die an einem "Tag X" beseitigt werden sollten. Anders als bei Nordkreuz war damals mit Tag X ein Angriff der Sowjetunion gemeint, oder allgemeiner, die Übernahme der Macht durch Kommunisten.

Wer steht im Fadenkreuz?

In jüngerer Vergangenheit sind vermehrt Frauen und Feministinnen zu Feindbildern von Rechtsextremen geworden. So wird auf einem rechten Prangerportal Feminismus als Verschwörung gegen Männer bezeichnet. Unter der Kategorie "Feministin" werden Frauen aufgelistet, in einer Art Steckbrief wird ihr "Vergehen" beschrieben. Auch Wissenschaftler geraten im Zuge der Coronapandemie immer häufiger auf Feindeslisten. Sie werden als "Hochstapler" oder "Mittäter bei Mord" bezeichnet.

Personen, die sich in der Seenotrettung oder in Deutschland vor Ort für Geflüchtete engagieren, wie etwa Walter Lübcke, stehen immer mehr im Fokus von Rechtsextremen. Menschen, die sich antifaschistisch engagieren, sind seit Jahrzehnten Ziel von Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffen von Rechtsextremen.

Journalisten, Bundes- und Kommunalpolitiker sind ebenfalls betroffen. Sie werden als "Terrorunterstützer", "Volksverhetzer" und "Landesverräter" aufgelistet. Gerade Kommunalpolitiker leiden zunehmend unter Anfeindungen, nicht wenige entscheiden sich deswegen aus Angst um ihre Familien, aus der Politik auszusteigen.

Es reicht aber auch schon, einen St.-Pauli-Pullover zu bestellen, um mit Name und weiteren privaten Daten in den Listen von rechten Terroristen zu stehen, wie der Fall des gehackten Punkrock-Versandhandels zeigt.

Häufig werden aber auch Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens gelistet. Es sind Personengruppen, die immer wieder auch Ziel von Anschlägen werden, die mitunter tödlich verlaufen, wie der rechtsextreme Terror von Halle und Hanau gezeigt hat.

Neue Gruppen, neue Listen, dieselben Namen

Die elektronische Kommunikation hilft seit einigen Jahren beim Sammeln und Verbreiten der privaten Daten von vermeintlichen Feinden. Über das "Thule-Netz" verschickt der V-Mann Andree Z. Ende der 90er-Jahre "Zum Verwenden und Verbreiten" eine Liste mit 200 Personen und Adressen an den verdeckten Ermittler des Verfassungsschutzes und Anti-Antifa-Aktivisten Kai Dalek. Mit der Überschrift "Organisationen gegen Deutschland" wird diese Liste dann im Thule-Netz veröffentlicht. Unter den Adressen sind solche, die später auch in den rund 10.000 Einträgen umfassenden Listen des NSU als potenzielle Anschlagsziele geführt wurden.

Ebenfalls auf der Liste standen Name und Adresse eines Kasseler Lehrers. 2003 wird auf diesen Lehrer in seinem Wohnhaus geschossen, die Kugel verfehlt nur knapp seinen Kopf. Auf den Feindeslisten des verurteilten Lübcke-Mörders, Stephan Ernst, taucht die Adresse des Lehrers wieder auf. Ernst beteuerte jedoch, dass nicht er auf den Lehrer geschossen habe und dass er den Schützen nicht kenne.

Der Lübcke-Mörder sammelte noch weitere Informationen zu Personen jüdischen Glaubens, Politikern, politisch Engagierten und Journalisten, und das in einer Zeit, in der auch der NSU seine Opfer auswählte, auskundschaftete und ermordete, und es gibt weitere Überschneidungen: Die jüdische Gemeinde in Kassel etwa notierten die NSU-Terroristen neben weiteren Kasseler Adressen in ihren Listen, und zu dieser Gemeinde wurden auch bei Ernst detaillierte Ausspähnotizen gefunden.

Dass Feindeslisten weiterverbreitet, von anderen rechtsextremen Gruppen aufgegriffen und neu zusammengesetzt werden, zeigt sich auch am Beispiel des schon erwähnten Hacks der Kundendatenbank des Punkrock-Versandhandels, die 2015 von Rechtsextremen erbeutet und veröffentlicht wurde. Nicht nur ein badenwürttembergischer AfD-Landtagsabgeordneter veröffentlichte die Daten 2017 und rief zum Denunzieren der "Mitglieder der Antifa" auf. Die über 24.000 Namen inklusive Telefonnummern, Adressen und Mailadressen wurden auch bei rechtsterroristischen Vereinigungen wie Nordkreuz oder "Revolution Chemnitz" gefunden. Es sind die gleichen Namen und Daten, die seit der Coronapandemie auch Coronaleugner verbreiten.

Eine Auswertung des CORRECTIV-Rechercheteams konnte zudem zeigen, dass sich Online-Prangerportale sowohl untereinander überschneiden, als auch Schnittmengen mit weiteren Listen haben. So ergab die Datenauswertung, dass alleine zwei dieser Webseiten, die mehrere Hundert Personen als Feinde auflisteten, eine Schnittmenge von über 30 Namen hatten. Diese war mit anderen verbreiteten Feindeslisten geringer, aber auch hier zeigte sich, dass Personen immer wieder nicht nur auf einer Liste stehen.

Staatliche Behörden und Feindeslisten

Betroffene, die auf Feindeslisten stehen, fühlen sich häufig von der Polizei im Stich gelassen. Manchmal nicht ohne Grund: Bundesweit machen immer wieder Polizisten oder andere Mitarbeiter von staatlichen Sicherheitsbehörden Schlagzeilen, die im Verdacht stehen, entweder selbst Informationen an Rechtsextreme weitergegeben oder sogar direkt Drohungen verbreitet zu haben. Hinzu kommt der Verdacht auf rechtsextreme Netzwerke in Polizei und Bundeswehr.

Ein Beispiel dafür liefert das rechtsextreme Netzwerk Nordkreuz. Der Administrator der Chatgruppen, Marko G., arbeitete als Polizist. Zwischen 60 und 70 Mitglieder, darunter Bundeswehrsoldaten und weitere Polizisten, gehörten dazu. Bei Durchsuchungen fand man auch Feindeslisten. Die Gruppe plante vermutlich, Leichensäcke und Löschkalk zu besorgen. Ihr vermutliches Ziel: Im Krisenfall die Macht zu übernehmen und Politiker zu töten, die ihren Interessen widersprachen. Die bei Nordkreuz gefundenen Listen bestanden zum Großteil aus den über 24.000 Namen des genannten Hacks des Versandhandels. Die Namen aus der bereits erwähnten Liste "#wirkriegeneuchalle", bestehen hauptsächlich aus Künstlern, Politikern, Journalisten und Aktivisten. Ein Betroffener vermutet durch die Kombination seiner Daten, dass diese aus staatlichen Behörden stammen. könnten. Das Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern hat die Datensammlung der Gruppe Nordkreuz mit knapp 25.000 Angaben anscheinend nicht besorgt, auf eine Kleine Anfrage antwortete das Ministerium 2019:

"Es gibt die weitgehend einheitliche Einschätzung, dass das (reine) Sammeln von Informationen zu politisch anders Denkenden im Bereich der politischen Auseinandersetzung, insbesondere im rechts- und linksextremistischen Bereich, nicht unüblich ist. Dies geht in der Regel

nicht mit einer unmittelbaren Gefährdungslage einher. (...)"

Auch der Bundeswehr-Oberleutnant Franco A., der 2017 zwischenzeitlich wegen Terrorverdachts festgenommen wurde, führte eine Feindesliste mit 32 Namen und Organisationen, wie zum Beispiel der Amadeu Antonio Stiftung.

Per Gesetz gegen Feindeslisten

Die Bundesregierung hat inzwischen Handlungsbedarf erkannt und will das Verbreiten von Feindeslisten per Gesetzesänderung unter Strafe stellen. Die Listen könnten ein "Klima der Angst oder Verunsicherung" schüren und eine "bedrohliche und einschüchternde Wirkung" auf Betroffene haben, heißt es in dem Regierungsentwurf. Bisher konnten solche Listen aufgrund von Gesetzeslücken oft ungestraft veröffentlicht oder verschickt werden. Experten bezweifeln allerdings den Nutzen der Gesetzesänderung für Betroffene.

Den Plänen der Bundesregierung zufolge soll das Strafgesetzbuch um den neuen Paragrafen 126a erweitert werden: "Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten" sieht für das Verbreiten von Feindeslisten eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren vor.

Damit der neue Paragraf greift, muss die Verbreitung der persönlichen Daten öffentlich geschehen, also zum Beispiel im Internet, auf einer Versammlung oder innerhalb eines größeren Personenkreises via Messengerdiensten wie WhatsApp oder Telegram.

Die Verbreitung der Daten muss ebenfalls dazu "geeignet" sein, die Person zu gefährden. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Daten mit Drohungen versehen sind, wie die Person könne "ja mal Besuch bekommen", oder die Verbreitung der Daten einer verfassungswidrigen oder extremistischen Organisation oder Internetseite zugeordnet werden kann.

Was das neue Gesetz nicht beinhalten soll, ist eine Informationspflicht. So ist es auch in Zukunft den einzelnen Behörden überlassen, ob Betroffene informiert werden oder nicht.

Gefährliche Listen?

Feindeslisten sorgen für Angst und Einschüchterung. Dass Informationen über die eigene Person gesammelt und ausgetauscht werden, besorgt Betroffene und gibt gleichzeitig rechtsextremen Gruppen die Macht, über die Gefühle anderer zu bestimmen. Hinzu kommen Beleidigungen auf den Listen, welche die Betroffenen degradieren, wie "Volksverhetzer", "Terrorist" oder auch "Abschaum". Die weiteren Verbreitungswege können nicht kontrolliert werden, so müssen Betroffene sich häufig auch noch Jahre später mit den Bedrohungen aus den Listen auseinandersetzen. Das kann zu erheblichen psychischen Belastungen führen und zu Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit von Betroffenen.

Es gibt immer wieder Überschneidungen von Markierungen auf den Listen und tatsächlichen Anschlägen. Ein Beispiel: Nachdem die Betreiber der Internetseite des Nationalen Widerstands Berlin verschiedene Projekte mit Foto und Adresse als "gute Anschlagsziele" genannt hatten, verübten Rechtsextreme Brandanschläge auf diese markierten Ziele, darunter linke Hausprojekte und ein Jugendzentrum.

Immer wieder werden Feindeslisten bei rechten Terroristen im Zusammenhang mit Waffen und Ausspähnotizen gefunden. Auf den Listen des NSU findet sich die Adresse eines jüdischen Friedhofes, auf den zwischen 1998 und 2002 drei Sprengstoffanschläge verübt wurden. Die Umstände dafür bleiben ungeklärt.

Wenn Menschen aufgrund ihrer Einstellung, Herkunft, Religion oder einfach nur bunter Haare um ihre Sicherheit fürchten müssen, dann ist das letzten Endes eine Gefahr für unsere Gesellschaft und Demokratie. Eine Gefahr, der wir uns stellen müssen.

Nordkreuz-»Feindesliste«



Kapazität des Stadions des SC Freiburg

oder



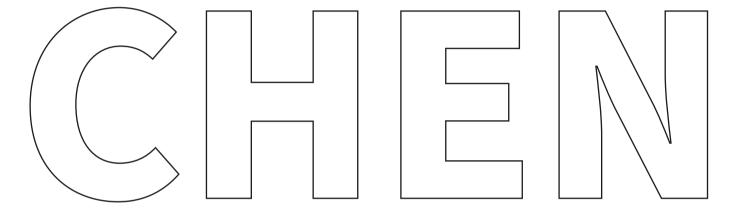
Studierende an der Universität Stuttgart &

nder



enthält 25.000 Personen,

> das ist so viel wie



BILDER EINER AUSSTELLUNG

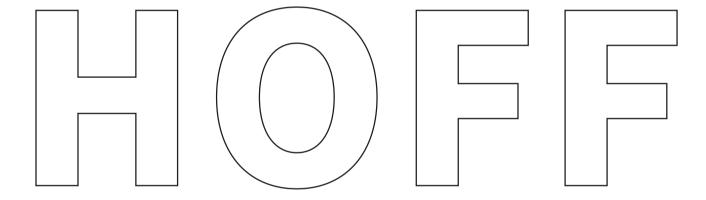
Tausende von Menschen stehen auf den Listen der Rechtsradikalen. Frauen und Männer werden markiert als Feinde des Volkes, als legitime Angriffsziele – weil sie sich für andere einsetzen, weil sie fremde Namen haben. Ihre Adressen werden geteilt. Sie werden belästigt und bedroht, im Alltag, auf der Straße, zu Hause und per E-Mail. In den Berichten der Behörden tauchen sie oft nur als Zahlen und Statistiken auf.

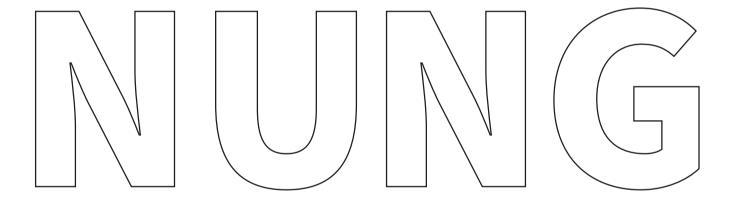
Die rechten Terroristen versuchen, die Menschen auf den Listen zu Opfern zu machen, ihnen ihre Menschlichkeit zu nehmen.

Wir wollen den Menschen ein Gesicht geben. Wir wollen zeigen, dass sie wie Du und ich sind, wie wir alle. Einfache Menschen.

Ivo Mayr hat stellvertretend für all die Tausenden auf den Listen 57 Menschen porträtiert. Aus allen Schichten, aus allen Regionen. Die beigefügten Zitate geben einen kleinen Einblick in ihr Leben; in ihre Hoffnung; ihre Liebe; ihre Freude.

Wir wissen, dass die Bedrohung ernst ist.





"

Wäre es nach dem bayerischen Schulsystem gegangen, wäre ich eigentlich in einer sogenannten Türkenklasse gelandet.

Gastarbeiterkinder sollten damals nicht mit deutschen Kindern gemischt werden. Das Konzept der 80er-Jahre lautete: bereithalten zur Heimreise. Dass ich trotzdem in eine Regelklasse und später aufs Gymnasium kam, habe ich allein dem Protest meiner Mutter zu verdanken. Von ihr habe ich gelernt, nicht alles hinzunehmen und mich für gleiche Rechte für alle einzusetzen."

FERDA ATAMAN



Recherchen für die Gesellschaft

CORRECTIV ist das erste spendenfinanzierte Recherchezentrum in Deutschland. Als vielfach ausgezeichnetes Medium stehen wir für investigativen Journalismus. Wir lösen öffentliche Debatten aus, beteiligen Bürgerinnen und Bürger an unseren Recherchen und fördern Medienkompetenz mit unseren Bildungsprogrammen. Mit unserer Arbeit stehen wir für eine offene und demokratische Gesellschaft ein.

Rechten Netzwerken auf der Spur

Es ist wichtig für unsere Demokratie, Neue Rechte in Deutschland sowie die gesellschaftlichen Auswirkungen rechter Strömungen journalistisch im Blick zu behalten – unsere Reporter helfen mit unserem Newsletter beim regelmäßigen Hinschauen.

ightarrow Jetzt abonnieren: correctiv.org/newsletter



Für eine starke Demokratie

Gesellschaftliche Missstände wie rechter Terror dürfen nicht im Verborgenen bleiben. Das gefährdet demokratische Spielregeln oder setzt diese sogar außer Kraft. Erst wenn strukturelle Probleme ans Licht kommen, können sie behoben werden.



Sie unterstützen investigativen Journalismus.

Investigative Recherchearbeit braucht unseren Mut und Hartnäckigkeit, um auch unliebsame Informationen zu veröffentlichen. Für mehr Aufklärung und Faktentreue.



Sie verteidigen journalistische Unabhängigkeit.

Niemand sagt uns, was wir schreiben sollen. Wir sind unabhängig von Klickzahlen, Abos oder reichen Verlegern. Wir verlassen uns lieber auf die Unterstützung von Tausenden Leserinnen und Lesern.



Sie schaffen Fakten für alle.

Jeder Cent dient unserer gemeinnützigen Organisation. Erst Ihre Solidarität ermöglicht guten Journalismus für noch mehr Menschen. Unsere Recherchen sind für jede und jeden kostenfrei.



Unterstützen Sie uns

→ correctiv.org/unterstuetzen

Spendenkonto

CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft gGmbH IBAN DE57 3702 0500 0001 3702 01 | Bank für Sozialwirtschaft

Impressum

Menschen – Im Fadenkreuz des rechten Terrors

1. Auflage Juli 2021

ISBN: 978-3-948013-13-4

Gedruckt in Lettland / Livonia Print / Riga

Fotos: Ivo Mayr

Autorinnen und Autoren: Anna Neifer, Aiko Kempen, Okan Bellikli, Sebastian Leber, Nathan Niedermeier, Sophia Stahl, David Schraven, Ivo Mayr, Jens Eumann, Verena Willing, Jonas Miller, Elke Graßer-Reitzner, Jonah Lemm, Alexander Roth, Lena Heising, Till Eckert, Matthias Lohr, Thomas Thiel, Tobias Großekemper, Simon Wörpel, Christina Feist, Sebastian Haupt, Jonathan Dehn

Gastbeiträge: Irene Mihalic, Konstantin von Notz

Herausgeber: David Schraven Chef vom Dienst: Till Eckert Layout: Thorsten Franke Covergestaltung: Ivo Mayr Grafiken: Jonathan Dehn & Sebastian Haupt (beide Katapult)

www.correctiv.org

Kontakt: info@correctiv.org

Büro Essen: Huyssenallee 11, 45128 Essen Büro Berlin: Singerstr. 109, 10179 Berlin

Copyright © 2021

CORRECTIV – Verlag und Vertrieb für die Gesellschaft UG (haftungsbeschränkt) Huyssenallee 11, 45128 Essen Handelsregister Essen, HRB 26115

Geschäftsführer:

David Schraven & Simon Kretschmer

Menschen – Im Fadenkreuz des rechten Terrors

Rechter Terror richtet sich oft gegen Einzelne – aber er soll uns alle treffen. Nichts zeigt das besser als die Porträts der Menschen in diesem Buch. Sie alle wurden von Rechtsextremen als Gegner markiert und auf sogenannte "Feindeslisten" gesetzt: Lehrerinnen, Künstler, Wissenschaftler, Politikerinnen, Sozialarbeiter. In erster Linie aber Menschen. Sie sind wie Du und ich. Sie haben Träume, Wünsche, eine Vergangenheit und Zukunft.

Rechtsextreme haben diese Menschen als Ziele ins Fadenkreuz genommen, weil sie für eine Gesellschaft stehen, die sie auslöschen, vernichten wollen. Die Menschen auf den Porträts stehen für die vielen Gesichter unserer Bundesrepublik.

CORRECTIV hat sich im Projekt "Menschen – Im Fadenkreuz des rechten Terrors" mit dem WEISSEN RING und mehr als 15 Journalistinnen und Journalisten aus elf renommierten lokalen Medienhäusern zusammengetan.

Gemeinsam erfassen sie das Ausmaß und die Komplexität des Problems. Das Team zeigt, welche Strategien Rechtsextreme nutzen, um Angst zu verbreiten, und warum die politische Aufarbeitung nicht ausreicht. Betroffene und Hinterbliebene berichten von den schwerwiegenden Auswirkungen auf ihre Leben. Von Momenten, die alles veränderten. Und davon, was passieren muss, damit sie sich sicher fühlen können.

Die Recherchen ergänzen die Porträts der vielen Menschen.

Mit diesem Buch wollen wir informieren und warnen zugleich: Wenn es uns als Gesellschaft nicht gelingt, rechtem Terror entschlossen entgegenzutreten, wird er uns auseinandertreiben und voneinander entfremden. Er wird uns das Kostbarste nehmen, was wir haben: die Menschen um uns herum.



